

## Erklärung der Delegiertenversammlung Göppingen-Geislingen am 19.11.2013

### **Für Versammlungsfreiheit und gewaltfreien Widerstand gegen Nazis und rechte Gewalt!**

Göppingen, 12.10.2013: Rund 1.500 Menschen gingen gegen einen Aufmarsch der "Autonomen Nationalisten Göppingen" und der NPD auf die Straße. Über 2.000 Polizeikräfte waren im Einsatz, um den Aufmarsch von gerade einmal 141 Nazis zu ermöglichen. Die Bündnisse "Kreis Göppingen Nazifrei" und "Nazis Stoppen" hatten zu Protesten aufgerufen. Die IG Metall Göppingen Geislingen hatte bereits im Vorfeld für die Initiative „Respekt! – Kein Platz für Rassismus“ geworben.

Bereits mehrere Stunden vor dem geplanten Aufmarsch der Nazis, hatte die Polizei die geplante Route weitläufig abgesichert, um einen Protest in Sichtweite der Nazis zu verhindern. Menschen die sich in Richtung der Aufmarschstrecke der Nazis bewegten, wurden ausgebremst und gekesselt. Selbst Pressevertreter und Parlamentarier wurden in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt. Medien, wie beispielsweise die "Stuttgarter Nachrichten", berichteten im Nachgang von bis zu 500 Ingewahrsamnahmen.

Während die Nazis marschierten, wurden Menschen die sich den Nazis entgegenstellen wollten in Garagen, engen Gefangenentransportern und in Freiluftkäfigen ihrer Freiheit beraubt. Nach teilweise über 7 Stunden Freiheitsentzug wurden sie dann teilweise mit einem Platzverweis für die komplette Göppinger Innenstadt entlassen.

Diese Einsatzstrategie ist kein Einzelfall. Überdimensionierte Polizeieinsätze und ein Festsetzen von Menschen die gegen Nazis und rechte Gewalt protestieren wollen, gehören mittlerweile leider zum Standardrepertoire, um Naziaufmärschen zu ermöglichen. Eine solche Polizeistrategie wirkt provokant. Statt zu deeskalieren wird die Bereitschaft zu gewalttätigen Aktionen eher gefördert.

Dass es auch anders geht, zeigen Beispiele in jüngster Vergangenheit aus Mannheim und Karlsruhe. Hier wurden Naziaufmärsche nach wenigen Metern abgebrochen, da ein gewaltsames Durchsetzen unverhältnismäßig gewesen wäre. Das wäre auch in Göppingen möglich gewesen, insbesondere dann, wenn wenige Tage vor dem Aufmarsch bekannte Antifaschisten mit Morddrohungen bedacht wurden.

Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass Menschen, die sich gewaltfrei gegen Nazis und rechte Gewalt engagieren festgesetzt, eingeschüchtert und kriminalisiert werden. Weder ausufernde Polizeigewalt noch juristische Schikanen können uns einschüchtern. Wir unterstützen alle, die sich gegen eine solche Willkür einsetzen.

Wir fordern von den Verantwortlichen in der Stadt Göppingen dem Land und von der Polizeiführung politische und juristische Konsequenzen aus den Ereignissen am 12. Oktober in Göppingen:

**Für Versammlungsfreiheit und gewaltfreien Widerstand  
gegen Nazis und rechte Gewalt!**